Beschluss des Landesvorstands der FDP Hamburg vom 10. Oktober 2022

Zulassung nicht-Deutscher Staatsangehöriger in die Bundeswehr

Die FDP setzt sich für eine Öffnung der deutschen Bundeswehr für nicht-deutsche Staatsangehörige ein, bei denen mindestens die letzten zwei Jahre eine ununterbrochene und legale Aufenthaltserlaubnis vorliegt. Die grundsätzliche Voraussetzung der deutschen Staatsbürgerschaft für eine Berufung als Berufssoldat oder Soldat auf Zeit soll ebenso entfallen wie für den freiwilligen Wehrdienst, sofern die übrigen bisherigen Einstellungsvoraussetzungen gegeben sind. Gleiches gilt für Staatenlose mit entsprechendem Aufenthaltsstatus.